Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 6 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 20 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ. Familiennachrichten und Anzeigen verlorener Gegenstände (6gespalten) 20 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 307. Montag den 5. October 1891. 85. Jahrgang.

Demokratie und Weltgeschichte.

* In diesen Tagen, in denen es ein Jahr wurde, seit das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie abgelaufen ist, hat man viel über die Socialdemokratie geschrieben. Abgesehen davon, ob die Aufhebung des Socialistengesetzes heilsam oder schädlich war, ist besonders eine Frage der Erörterung werth: ist eine reine Demokratie in einem großen und stark bevölkerten Staate überhaupt denkbar?

Die Geschichte verneint diese Frage auf das Entschiedenste. Allerdings haben wir im Alterthume Demokratien gehabt, aber unter ganz anderen Verhältnissen, als die heutigen es sind. Reine Demokratien waren — mit gewisser Einschränkung — auch im Alterthum nur da möglich, wo ein nicht sehr zahlreiches Völkchen, oder, besser gesagt, eine Gemeinde auf eng begrenztem Raume in Abgeschlossenheit vom Auslande zusammen lebte. Eine besonders wichtige Bedingung war auch die Gleichartigkeit der Interessen aller Bürger, die nur da möglich war, wo der Boden Allen gleichmäßig dasselbe lieferte und nicht dem Einen bei geringer Mühe viel, dem Anderen bei anstrengender Arbeit wenig einbrachte. Denn sobald eine Verschiedenheit der äußeren Lebensbedingungen eintrat, mußte nothwendiger Weise auch eine Verschiedenartigkeit des Wohlstandes und somit Mißgunst und Neid sich einstellen. Ja, wir gehen nicht zu weit, wenn wir behaupten, nur in solchen Kleinstaaten war eine Demokratie möglich, wo ein Jeder in der Lage war, Sclaven für sich arbeiten zu lassen. Denn nur dann konnte im Alterthum ein Bürger genau so leben wie der andere — nämlich als Herr, für den der Sclave die Arbeit that. So konnte der mangelhaft Befähigte mit dem Begabten Schritt halten, da sein Manco an Arbeitskraft durch die Sclaven ersetzt wurde.

Aber auch diese Art der Demokratie war nur in den allereinfachsten Verhältnissen möglich, in denen alle Bürger die gleichen Bedürfnisse hatten und die geistige Ausbildung noch so wenig entwickelt war, daß der Befähigte nicht als angesehener gelten konnte als sein geistig schwächerer Mitbürger. Daß thatsächlich nirgends, auch im alten Rom und in Sparta und den übrigen hellenischen Staaten nicht, eine derartig rein communistische Demokratie bestanden hat, wie sie vielleicht gelegentlich angestrebt wurde, dürfte jedem Geschichtskundigen vollauf bekannt sein. Uebrigens bestreiten wir auch, daß Staaten, in denen nur die Vollbürger eine demokratische Verfassung besaßen, während unter ihnen eine rechtslose, unfreie Masse von Sclaven stand, wirklich demokratische waren; man müßte denn die Sclaven nicht als Menschen ansehen. Und so weisen wir eine Berufung socialistischer und demokratischer Doctrinaire auf die Staaten des Alterthums entschieden zurück. Wohl aber lassen dieselben sich als Beispiele anführen, um nachzuweisen, wie der Versuch, die Demokratie zur Herrschaft zu bringen, stets zur Tyrannei der Ochlokratie — der Pöbelherrschaft — geführt hat.

Man sehe auf Athen hin, wo das Volk seine besten Bürger aus Neid und aus dem niedrigen Gefühle seiner eigenen Erbärmlichkeit neben der Größe jener Männer durch das Scherbengericht in die Verbannung sandte. Man denke daran, wie in demselben Athen ein völlig ungebildeter, roher Mann wie der Gerber Kleon seinem um thurmhoch überragenden Gegner, dem großen Perikles, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten schaffen konnte, wie er auf die gemeinsten Regungen des Pöbels speculirend nach des Perikles Tode der Nachfolger dieses großen Mannes in der Führung des Volkes werden konnte; man vergesse nicht, wie dieser Demokrat — der nebenbei gesagt einer der verhaßtesten Sclavenbesitzer war — seine Mitbürger zu der schändlichen Niedermetzelung sämmtlicher gefangenen Männer der Insel Lesbos verleitete, und wie er endlich gegen den tapferen Brasidas zu Felde zog und auf ruhmloser Flucht nach verlorener Schlacht das Leben einbüßte. Das Alles war nur in einer vom Pöbel beherrschten Demokratie möglich. Und es wäre auch heute etwas Selbstverständliches, wenn wir in einem demokratischen Staate lebten. Man sehe doch nach Frankreich hin, wo die Helden der Gasse die gesammte Bürgerschaft in stete Gefahr unvorhergesehener Gewaltstreiche und in ständige Kriegsgefahr versetzen. Und denkt etwa irgend Einer, die Führer der Socialdemokratie würden, wenn ihre Partei das Ruder in Händen hielte, nicht genau ebenso wie einst der gewaltthätige Gerbermeister Kleon und wie später der cäsarische Parteimann ganze Völker durch Entflammung der niedrigsten Leidenschaften zu beherrschen suchen? Ob antiker Gerbermeister oder moderner Drechsler oder Klempnermeister, das ist in diesem Puncte einerlei. Ein Blick auf die römische Geschichte lehrt dasselbe. Was waren die Gracchischen Unruhen Anderes als das gewaltsame Aufbäumen einer Volksmasse, die von leidenschaftlichen Parteiführern zu blindem Ausbruche der rohen Gewalt sich fortreißen ließ?

Und welche Lehre haben wir aus diesen Thatsachen der Geschichte zu ziehen? Die eine: daß eine reine Demokratie, das heißt nicht die Mitarbeit des ganzen Volkes, sondern die Herrschaft der blinden Masse im Staatswesen unmöglich ist, so lange Menschen verschieden organisirt und Länder in klimatischer, prognostischer und jeder anderen Hinsicht nicht völlig gleichförmig gestaltet sind.

Und die andere Lehre: daß der Verführung der so leicht verführbaren Menge nur durch Bildung und Gesittung, durch den Schutz der Gesetze für Alle und durch Hochachtung der Rechte eines jeden Einzelnen vorgebeugt werden kann.

Leipzig, 6. October.

* Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Kaiser sowohl das erneut eingereichte Abschiedsgesuch des Generals der Infanterie Frhrn. v. Meerscheidt-Hüllessem, commandirenden Generals des Gardecorps, als auch dasjenige des Generals der Cavallerie und Generaladjutanten v. Albedyll, commandirenden Generals des 7. Armeecorps, abgelehnt. Beiden Generalen gingen diesbezügliche überaus gnädige Handschreiben zu.

* Der „Reichsanzeiger" schreibt: Nach Artikel 8 des Auslieferungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 31. October 1871 kann die vorläufige Festnahme flüchtiger Verbrecher nur im diplomatischen Wege beantragt werden. In Fällen, welche einer besonderen Beschleunigung bedürfen, wird den diesseitigen Behörden jedoch nach einer Verfügung des Justiz-Ministers vom 25. September gestattet, nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu verfahren:

1) Das Ersuchen, die vorläufige Festnahme einer Person herbeizuführen, deren Auslieferung auf Grund des Auslieferungsvertrages zwischen dem Deutschen Reich und Italien vom 31. October 1871 beantragt werden soll, ist unter Angabe der dem Verfolgten zur Last gelegten strafbaren Handlung und mit thunlichst genauer Beschreibung seiner Person, sowie unter Berufung darauf, daß ein Strafurtheil, ein Beschluß auf Versetzung in den Anklagestand oder ein Haftbefehl erlassen ist, an diejenige kaiserlich deutsche Consulatsbehörde in Italien zu richten, in deren Bezirk der Verfolgte vermuthet wird. In dem Ersuchen ist zu erwähnen, daß der kaiserlichen Botschaft in Rom Mittheilung gemacht sei und daß die Stellung der nach dem Auslieferungsvertrage erforderlichen formellen Anträge bei der königlich italienischen Regierung seitens der kaiserlichen Botschaft erfolge. 2) Von dem Ersuchen (Ziffer 1) ist die kaiserlich deutsche Botschaft in Rom gleichzeitig und, wenn das Ersuchen telegraphisch erfolgt, ebenfalls im telegraphischen Wege in Kenntniß zu setzen. 3) Die Einsendung der zur Stellung des Auslieferungsantrages erforderlichen Schriftstücke an den Justizminister ist in solchen Fällen zu beschleunigen, weil die Frist für die vorläufige Festhaltung nur zwanzig Tage beträgt.

* Rings um Berlin sind seit Jahren eine Reihe von Vororten emporgewachsen, von denen manche für sich wieder eine kleine Stadt bilden. Sie gehören nicht zur Gemeinde Berlin, obgleich die Mehrzahl ihrer Bewohner nichts weiter sind als Berliner, welche vor den stetig steigenden Wohnungsmiethen der Hauptstadt ausrissen, um sich auf dem Lande in möglichster Nähe Berlins gesündere und luftigere Wohnungen zu suchen. Diese Wohnungen in den Vororten sind zum Theil billiger, aber nicht viel. Nur dort, wo sich hauptsächlich Arbeiter ansiedelten, und etwas entlegener von der Stadt sind die Preise wesentlich mäßiger. Durchschnittlich wurde das Wohnen in den Vororten durch die Eisenbahnfahrt bemerkbar verbessert, obgleich bei Jahres-Abonnements von einzelnen Bahnen ein guter Nachlaß im Preise gewährt wurde. Die stärkste Besiedelung der Umgegend Berlins richtete sich nach Westen, Norden und Südosten. In letztere beide Richtungen zog sich besonders die kleine Arbeiterbevölkerung hin. Nach dem Westen flohen meist die Beamten, Lehrer und Kaufleute ꝛc. Der wachsende Verkehr nach dem Westen auf der Potsdamer Bahn hat schließlich dazu geführt, daß eine Reihe ganz neuer Gleise ausschließlich für den Vorortsverkehr gelegt wurden. Mit der Eröffnung derselben, die am 1. October vor sich ging, ist gleichzeitig ein neuer Zonentarif für die gesammte Umgebung Berlins eingeführt worden, überhaupt ein besonderer Vororts-Dienst. Man läßt auf der meistbefahrenen Strecke, die zwischen Berlin-Potsdam (4 deutsche Meilen) liegt, alle zehn Minuten die Bahnzüge laufen und hat die Fahrpreise um 50 bis 75 Procent ermäßigt. Früher zahlte man für die Fahrt nach Zehlendorf, einem jetzt mächtig emporstrebenden Vorörtchen, in der dritten Classe 80 ₰, jetzt nur 20 ₰, die Fahrzeit währt circa 20 Minuten. Nach demselben Maßstabe reguliren sich die Preise für die anderen Vororte. Für ungefähr zehn Minuten Bahnfahrt zahlt man rund 10 ₰ in der dritten und 15 ₰ in der zweiten Classe. Die dritte wird jedoch hauptsächlich auch von dem Mittelstande benutzt, vornehmlich in dem Vorortsverkehr, wo jede Station ihre eigenen Waggons hat, so daß an Wochentagen fast immer dieselben Insassen mit einander fahren. Man ist sehr gespannt, ob dieser erleichterte Verkehr — für die näheren Stationen geht jede zehn Minuten, für die entfernteren jede zwanzig Minuten ein Zug ab — die Bevölkerung stärker aus dem steinernen Häusermeer der großen Stadt in die Umgebung hinausziehen wird, so daß schließlich Jeder, der es geschäftlich durchführen kann, „draußen" wohnt und „drinnen" nur der Arbeit nachgeht, ungefähr wie in London. Stark erschwert wird die Ansiedelung draußen allerdings durch die in Berlin noch immer übliche Tageszeit. Die Mehrheit der Bevölkerung speist hier Mittags und hält zwischen 12 und 2 Uhr Tischzeit. Dadurch wird der Tag in zwei Arbeitshälften zerrissen und man muß viermal tagsüber die Bahn benutzen, wenn man „draußen" wohnt. Nur wenige Geschäfte haben „englische" Arbeitszeit, bei welcher man um 6 oder 7 Uhr Abends die Hauptmahlzeit nimmt. Bevor nicht allgemeiner in den besseren Geschäften diese Arbeitszeit eingeführt ist und die veränderte Tischzeit sich eingebürgert hat, kann immer nur ein verhältnißmäßig kleiner Bruchtheil der Bevölkerung mit Nutzen draußen wohnen. Vorläufig hat in den hauptsächlichsten Vororten im Hinblick auf die neuen Verkehrs-Erleichterungen eine geradezu verrückte Speculation mit Grund und Boden sich erhoben und eine riesige Bauwuth besetzt die landschaftlichen Kartoffel-Aecker der näheren und weiteren Umgebung Berlins mit großen Miethscasernen richtigen Berliner Stils und unbeschreiblichen Villen, zu denen man Landluft suchende Miether und Käufer aus der Hauptstadt erwartet.

* Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk wird schon seit längerer Zeit erwogen, daß sie auch jetzt noch beabsichtigt wird, hat nur erst neulich auf dem Berner internationalen Congreß der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Boediker versichert. Wenn es bisher nicht dazu gekommen ist, das Handwerk in den Kreis der Unfallversicherungspflicht einzubeziehen, schreiben die „Hamburger Nachrichten", so lag das mehr an äußeren Gründen. Die Durchführung des in der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 niedergelegten socialpolitischen Programms ist in einer verhältnißmäßig sehr kurzen Zeit erfolgt. Mit dem December 1884 trat das Krankenversicherungsgesetz, mit dem October 1885 das Unfall- und mit dem 1. Januar 1891 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Kraft. Man wird angesichts dieser schnellen Aufeinanderfolge so wichtiger und so umfassender Versicherungsgesetze begreifen, daß die maßgebenden Kreise sich bisher nicht um den Ausbau einzelner Theile des großen socialpolitischen Gebäudes kümmern konnten. Nunmehr, nachdem das letzte der genannten Gesetze bereits Dreivierteljahre praktisch gehandhabt wird, ist der nähere Grund für die Verzögerung der Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk in Fortfall gekommen. Jetzt jedoch zeigt es sich, daß die Uebertragung so ohne Weiteres nicht erfolgen kann. Man steht dem Handwerk gegenüber vor einem recht schwierigen Dilemma. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß das Handwerk von der gegenwärtigen Gestaltung der Unfallversicherung in so fern Nachtheil hat, als in Folge derselben sein Bezug von Arbeitskräften sich ungemein erschwert hat. Dem Arbeiter wird es Niemand übelnehmen können, daß er lieber in der Industrie beschäftigt sein will, wo zwar die Unfallgefahr eine größere ist, er aber die Gewißheit hat, daß, wenn einmal ein Unfall eintritt, er und seine Familie auch versorgt sind. Andererseits ist natürlich die Uebertragung der Unfallversicherung mit großen Kosten verknüpft, mit so großen, daß, wenn die bisherigen, hauptsächlich für die Industrie berechneten Gesetze ohne Weiteres auf das Handwerk Anwendung finden sollten, das letztere einfach erdrückt werden würde. Einen Ausweg aus diesem Dilemma bietet nur die gänzliche Umformung der Unfallversicherung für das Handwerk. Man wird eine Organisation wählen müssen, deren Kosten und Lasten nicht allein vom Handwerk getragen zu werden brauchten. Man wird auch nicht die Ansammlung so gewaltiger Reservefonds verlangen können, wie sie die bisherigen Berufsgenossenschaften aufbringen müssen. Vielleicht wäre es angängig, in der Gestaltung der Organisation Garantien zu finden, welche auch den Mangel der in den Reservefonds liegenden Sicherheit weniger drückend machten. Kurz, wesentlich anders wird die Unfallversicherung des Handwerks aussehen müssen als die bisherige. Und auch dann ist es sicher, daß dem Handwerk die Aufbringung der Kosten nicht leicht fallen wird. Aber wenn der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes auf dem Berner Congreß mittheilen konnte, daß die Schornsteinfeger, welche gegenwärtig schon zu einer Berufsgenossenschaft zusammengefaßt sind, deren recht hohe Verwaltungskosten gern zahlten, weil sie dafür ein alle Berufsgenossen umfassendes Band und eine Steigerung des Solidaritätsgefühls eingetauscht hätten, so wird man ja auch wohl bei den anderen Handwerkszweigen eine ähnliche Auffassung voraussetzen dürfen. Ein engeres Aneinanderschließen und eine daraus hervorgehende Einigkeit in der Verfolgung ihrer Interessen wäre den Handwerkern innerhalb ihrer einzelnen Branchen wohl zu wünschen.

* Man berichtet aus Schleswig: Das Handschreiben des Kaisers Franz Josef, welches bei der Parade des Schleswig-Holsteinischen Husaren-Regiments Nr. 16 verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Lieber Major von Schmeling!

Die innigen Beziehungen, welche mich als Chef zweier Regimenter des königlich preußischen Heeres mit diesem verbinden, lassen mich denselben stets mein lebhaftes Interesse entgegenbringen, und ich ferne mich, dies aus Anlaß des gegenwärtigen schönen Festes erneuert bethätigen zu können. Mit wahrem Stolz darf das Regiment, dessen Chef zu sein ich so glücklich bin, auf die 25 Jahre seines Bestehens und auf die Ruhmesthaten zurückblicken, welche dasselbe bereits verübt hat. Das schöne und tapfere Regiment wird gewiß auch fernerhin, seine ruhmvolle Tradition hochhaltend, sich der Allerhöchsten Zufriedenheit seines mit so innig befreundeten Kriegsherrn würdig zeigen. Die besten Wünsche für die Zukunft des Regiments hegend, bleibe ich, Herr Major, Ihr wohlgewogenster Franz Josef. Wien, am 22. September 1891.

* In Bremen tagten die Vertreter des Norddeutschen Lloyd, der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Actiengesellschaft, der Niederländisch-Amerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der Compagnie Générale Transatlantique und der Red-Star-Linie. Die Veranlassung zu dieser Tagung hatte Herr Colonel Weber, U. St., Superintendent of Emigration, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender einer von den Vereinigten Staaten nach Europa gesandten Commission zur Untersuchung der gesammten für die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommenden Verhältnisse gegeben. Eine gleichartige Versammlung der englischen Dampfergesellschaften in Liverpool gab jüngst Gelegenheit zu erfolgreichem Austausch zwischen den amerikanischen Commissaren und den Gesellschaften. Insbesondere wünschte man, die Ansichten der verschiedenen Rhedereien darüber zu erfahren, ob es rathsam sei, die nach den Vereinigten Staaten gehenden Auswanderer einer Consularinspection zu unterziehen, oder ob es sich empfehle, die Auswanderer durch Unteragenten der Gesellschaften, welche über das ganze Land zerstreut sind, inspiciren zu lassen, und ob im letzteren Falle die Gesellschaften eine genügende Controle über ihre Unteragenten hätten. Alle diese Fragen sind nicht nur für die Vereinigten Staaten von praktischer, sondern auch für die Dampfergesellschaften von schwerwiegender finanzieller Tragweite, ist doch die Regierung in Washington gewillt, die amerikanischen Gesetze, betr. die Einwanderung, falls die von ihr gewünschte Vorsicht in der Auswahl der Auswanderer von den Rhedereien nicht genügend geübt wird oder nicht hinlänglich geübt werden kann, ganz erheblich zu verschärfen, was gleichbedeutend wäre mit einer geschäftlichen Einbuße der europäischen Dampfergesellschaften. Selbstverständlich wollen die Vereinigten Staaten den brauchbaren deutschen Arbeiter gern aufnehmen, aber es kommt zuviel arbeitsscheues und abgetriebenes Volk meist nichtdeutscher Nationalität nach drüben. Zum nicht geringen Theil benutzt dieses bekanntlich als Verschiffungshafen einen Platz der eben genannten Gesellschaften. Weder alle solche Leute kommen und welche Gründe sie zur Auswanderung treiben, darüber hat sich die amerikanische Commission inzwischen auf ihrer Reise durch Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Belgien, Holland und Großbritannien informiren können. Diese Reisen wurden im directen Auftrag des Schatzamts der Vereinigten Staaten unternommen, sie sind eine Folge des drüben immer lebhafter sich äußernden Bestrebens, den Einwandererstrom zu hemmen, da er Elemente mit sich schwemmt, welche den guten Arbeiter schädigen und die Menge der Sträflinge und Bettler vergrößern helfen. Wenn man bedenkt, wie mit den Chinesen drüben kurzer Proceß gemacht wurde, so darf man gewiß sein, daß man in den Vereinigten Staaten eventuell in ähnlicher Weise energisch auftreten wird, falls das Treiben gewissenloser Agenten im Abschub unbrauchbarer Auswanderer nicht aufhört. Colonel Weber führte dies alles den hier tagenden Vertretern der genannten Gesellschaften vor Augen und warnte vor der Beförderung solcher Auswanderer, welchen drüben auf Grund des sogenannten Contractgesetzes das Landen verboten werden könne. Er stellte event., wie gesagt, eine erhebliche Verschärfung der einschlägigen Gesetze in Aussicht. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu, eine Inspection der Emigranten durch die Unteragenten der Gesellschaften vornehmen zu lassen, da letztere für eine genügende Controle zu sorgen wohl im Stande sein würden. Eine Consularinspection verbiete sich indessen aus praktischen Gründen von selbst. Es sei noch bemerkt, daß die amerikanische Commission ihre Aufgabe in Europa nach mehrmonatiger Thätigkeit jetzt vollendet hat, so daß in Kürzem die Rückreise erfolgt. Die officielle Berichterstattung dürfte bei dem großen Umfang des gesammelten Materials wohl noch etwas auf sich warten lassen.

* In der zahlreich besuchten gestrigen Sitzung des Landesausschusses der nationalliberalen Partei Bayerns wurde auf den Antrag des Abg. Cafselmann-Bayreuth einstimmig eine Resolution angenommen, welche es für eine Pflicht der bayerischen Nationalliberalen erklärt, bei der in Aussicht stehenden Reichsmilitairordnung mit Entschiedenheit für die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens unter Ausschluß des in der gegenwärtigen preußischen Gerichtsordnung enthaltenen Bestätigungsrechtes einzutreten.

* Der Chefredacteur Fusangel ist gegen Hinterlegung einer Caution von 15 000 ℳ aus der Haft entlassen worden.

* Aus Weimar wird uns geschrieben: Wenn wir vor etwa drei Wochen in einer Correspondenz sagten, daß die Landtagswahlen im Großherzogthum Sachsen den Deutschfreisinn einen Gewinn von 6 Procent bringen würden, so hat sich diese Voraussagung als nicht ganz richtig herausgestellt — in dem Sinne nämlich, daß der Freisinn sogar noch einen Verlust zu verzeichnen hat. An Stelle des bisherigen freisinnigen Abgeordneten für Allstedt ist dort jetzt ein nationalliberaler Amtsrichter gewählt. Die noch ausstehenden Wahlen bieten dem Freisinn keine Aussicht.

* * *

* Die Wiener „Montags-Revue" meldet: Die Mehrforderungen der beiderseitigen Regierungen für das Heeresbudget betragen 5 Millionen Gulden; dennoch schließe das österreichische Budget mit einem Ueberschuß von 100 000 fl. ab.

* Zum Schlusse der Kaiserreise in Böhmen ist doch noch eine politische Aeußerung des Kaisers gefallen. Die officiöse „Presse" schreibt darüber: „Bei Besichtigung der Webereischule (in Reichenberg) wies der Kaiser dem Kammerpräsidenten Ginzkey gegenüber auf die Nothwendigkeit des „allseitigen einträchtigen Zusammenwirkens" hin, und beim Besuche der Fabrik Herren Ginzkey's erklärte Seine Majestät, er bedauere, daß die hochentwickelte Reichenberger Industrie auf der Prager Landesausstellung, die so schön gelungen sei, nicht vertreten erscheine, denn deren Erzeugnisse hätten noch zur weiteren Verschönerung der Ausstellung beigetragen. Diese Worte dürften, wenn sie auch in einer dem Zartgefühle des Kaisers entsprechenden milden Fassung gesprochen wurden, dennoch zur Genüge darüber aufklären, daß Sr. Majestät das glückliche Gelingen der Prager Ausstellung sehr am Herzen gelegen ist, und daß der Monarch es gerne gesehen hätte, wenn die deutschböhmischen Industriellen die bekannten politischen Vorfälle nicht als Anlaß zur Abstinenz von der Ausstellung benützt hätten. Diese Bemerkungen sind von um so größerem Gewichte, als sie an die Adresse des Präsidenten der Reichenberger Handels- und Gewerbekammer gerichtet waren, von welcher bekanntlich die Parole zur Nichtbeschickung der Prager Ausstellung ausging." Damit hätte also der Kaiser gegenüber den beiden Volksstämmen in Böhmen „Partäi" gemacht. Jeder von beiden hat seine nota levis erhalten, die Czechen am ersten, die Deutschen am letzten Tage der Reise.

* An den Straßenecken in Reichenberg und in den Ortschaften der Umgebung wird folgende Kundmachung affichirt werden: „3000 Gulden Belohnung! Auf die Ausforschung und Zustandebringung der Thäter des auf das Bahnobject nächst der Station Rosenthal in der Nacht vom 30. September auf den 1. October 1891 verübten Bomben-Attentates wird hiermit eine Prämie von 3000 Gulden ausgeschrieben. Von diesem Betrage erhält den Betrag von 1000 Gulden schon jener, welcher den Behörden solche Anhaltspuncte liefert, welche zur Eruirung des oder der Thäter führen. Der Statthalter: Franz Graf Thun."

* Der ungarische Reichstag hat sich zur letzten Session seiner ersten fünfjährigen Gesetzgebungs-Periode versammelt. Im nächsten Frühjahre wird die Auflösung des seinem Ende entgegengehenden Abgeordnetenhauses erfolgen, und somit wird der Reichstag unter dem Zeichen der Neuwahlen tagen. Die Rücksicht auf die Wahlen bringt in die letzte Session immer eine gewisse Bewegung und Erregtheit, und um diesen Zustand nicht zu oft um sich greifen zu lassen, hat man ja die dreijährige Mandatsdauer in eine fünfjährige umgewandelt. Allein diesmal sind es noch besondere Umstände, welche der Lage ein ernstes, fast kritisches Gepräge aufdrücken. Die letzte Session hat vor zwei Monaten mit der Debatte über die Verwaltungsreform geschlossen. Die radicale Opposition hat dieses Gesetz mit den Mitteln der Obstruction bekämpft, und sie hat ihr Ziel erreicht. Das Verwaltungsgesetz ist nicht zu Stande gekommen, eine Minorität, die kaum ein Viertel der Stimmen repräsentirt, hat der Regierung und der Mehrheit ihren Willen aufgezwungen, das Ministerium hat den Rückzug angetreten, und die Kossuth-Partei ist Siegerin geblieben. Eine beispiellose Erbitterung hat sich in diesen Kämpfen entwickelt, und sie wird wieder hervorbrechen, sobald die Parteien einander gegenüberstehen werden.

* In einer am Sonntag stattgehabten Conferenz der liberalen Partei wies der Ministerpräsident Graf Szapary unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden die Anklagen des Grafen Apponyi in dessen Jahresrenner Rede zurück. Der Präsident der Partei dankte dem Ministerpräsidenten und versicherte, die Partei werde sich durch keinerlei Verdächtigung von dem im Interesse des Landes für richtig erachteten Wege abwendig machen lassen.

* Aus Brüssel wird vom 3. October gemeldet: Anläßlich der Beerdigung Boulanger's drängt sich eine, hauptsächlich aus Frauen bestehende, ungeheure Volksmenge in den Straßen. Das Gedränge ist so gewaltig, daß die Polizei nicht im Stande ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Als die Polizei versuchte, einen Raum vor der Wohnung des Dahingeschiedenen frei zu machen, durchbrach die Menge den Cordon. Eine größere Zahl ohnmächtig gewordener Frauen

SLUB
Wir führen Wissen.